

Wachstumsimpulse durch Freihandel

Mit unserer parlamentarischen Arbeit im Landtag wollen wir durch eine verstärkte landeseigene Europapolitik **Stabilität** auch in **wirtschaftlichen Krisenzeiten** zurückgewinnen. Wir setzen uns klar **gegen Zölle, Importbeschränkungen und andere Handelshemmnisse** ein. Neben einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik, die auf Freihandel abzielt, braucht es auch auf Landesebene neue **wirtschaftsliberale Impulse**. Diese **wirtschaftsliberale Politik** sollte stabile Beziehungen zu unseren Freunden und Partnern fördern. Künftig muss aber auch der Fokus stärker auf der Verzahnung von **Entwicklungszusammenarbeit** und **Wirtschaftsförderung** liegen.

Handelshemmnisse abbauen und Verhandlungslösungen finden

Die EU hat trotz Widerstands aus Deutschland zusätzliche Zölle auf Elektroautos aus China beschlossen. Ein Handelskrieg mit China wäre besonders schädlich für die **baden-württembergische Automobilindustrie** und **mittelständische Zulieferbetriebe**. Leider findet die Gefahr von Zöllen und Handelshemmnissen im Europabericht der Landesregierung kaum Beachtung.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Zölle auf chinesische Produkte wie Elektroautos oder Windturbinen das **Risiko eines Handelskriegs** erhöhen und die Einführung klimafreundlicher Technologien verteuern. Die Landesregierung muss sich bei der EU-Kommission für ein **wirtschaftsfreundlicheres Klima** starkmachen. Europa sollte auf Chinas aggressive Preisstrategie mit einem **Bürokratieentlastungspaket** reagieren.

Wir warnen eindringlich vor den Folgen eines Handelskriegs und fordern von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein **klares Bekenntnis zu Verhandlungslösungen**.

Digitalisierung des Binnenmarkts vorantreiben

Eine zentrale Voraussetzung für eine Wirtschaftswende ist neben der Entbürokratisierung auch die **Digitalisierung des Binnenmarkts**. Der **digitale Euro** kann den **Handel** zwischen Kunden, Banken und Händlern deutlich erleichtern. Doch es darf **keinen Zwang zur Nutzung** geben. Besonders kleinere Unternehmen und Vereine müssen von einer **Annahmepflicht** ausgenommen bleiben.

INITIATIVEN

- » Die Auswirkungen eines europäisch-chinesischen Handelskonflikts auf den baden-württembergischen Automobilstandort [Drucksache 17/7337](#)
- » Digitalisierung des Binnenmarkts und die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg [Drucksache 17/7599](#)
- » Rechtsgrundlagen grenzüberschreitender Rettungseinsätze [Drucksache 17/7339](#)

ANSPRECHPARTNER



Alena Fink-Trauschel Mdl
Europapolitische Sprecherin

alena.fink-trauschel@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9270



Julia Goll Mdl

Sprecherin für internationale Politik

julia.goll@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9320



Georg Heitlinger Mdl

Sprecher für Entwicklungspolitik

georg.heitlinger@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9230



Malte Milewski

Parlamentarischer Berater

malte.milewski@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9330

Partnerschaften auf den Prüfstand stellen

Die Partnerschaft zwischen Burundi und Baden-Württemberg steht wegen der homophoben Hetze des burundischen Präsident Ndayishimiye auf dem Prüfstand. Wir fordern von Grün-Schwarz ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten und lehnen ein Weiter-So ab.

Seit der **homophoben Hetze des burundischen Präsidenten** vor über einem Jahr ist die Partnerschaft zwischen Burundi und Baden-Württemberg stark belastet. **Ndayishimiye** hatte im Fernsehen **gegen Homosexuelle gehetzt** und deren **öffentliche Steinigung gefordert**: „Ich persönlich denke, wenn wir solche Menschen in Burundi sehen, sollten wir sie in ein Stadion stecken und steinigen.“ Diese **menschenverachtenden Aussagen widersprechen unserem liberalen Leitbild von Freiheit und sexueller Selbstbestimmung** und stehen im klaren **Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung** von Grün-Schwarz, sich für den Diskriminierungsschutz von LSBTTIQ+-Menschen auf europäischer und internationaler Ebene einzusetzen: **Eine Partnerschaft, die ihre eigenen Werte nicht einhält und den Prinzipien einer modernen, weltoffenen Gesellschaft widerspricht, braucht Veränderung.**

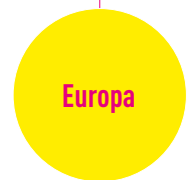
Wir Freie Demokraten sind entschlossen, dass es kein unkritisches Weiter-so geben darf. Die bestehende Partnerschaft muss den Prinzipien einer modernen und weltoffenen Gesellschaft entsprechen. In der **Entwicklungszusammenarbeit der Zukunft** muss auch der Schutz und die **Wahrung der Rechte von diskriminierten und verfolgten Menschen stärker berücksichtigt** werden.

Für uns Freie Demokraten reicht es nicht, wie Grün-Schwarz nur auf Städte- und Schulpartnerschaften sowie Gesundheit, Bildung und Ernährung zu setzen, ohne die Einhaltung von Menschenrechten sicherzustellen. Deshalb möchten wir bei der künftigen Neuausrichtung der Entwicklungspolitik die **Ausschreibungskriterien für staatliche Fördermittel an liberale und menschenrechtliche Werte koppeln.**

INITIATIVEN

- » Homophobe und menschenfeindliche Aussagen des Präsidenten Burundis und die Auswirkungen auf die Partnerschaftsvereinbarung zwischen Baden-Württemberg und Burundi [Drucksache 17/7301](#)
- » Homophobe Aussagen des Präsidenten Burundis und die Auswirkungen auf die Partnerschaftsvereinbarung zwischen Baden-Württemberg und Burundi [Drucksache 17/6975](#)

ARBEITSKREIS



Europa

ANSPRECHPARTNER

Alena Fink-Trauschel MdL
Julia Goll MdL
Georg Heitlinger MdL